



# Rote Woche

Ausgabe 7/2016, 18. März



Neuigkeiten der SPD-Bundestagsabgeordneten Saskia Esken  
aus dem Wahlkreis Calw/Freudenstadt und aus Berlin

*Liebe Genossinnen und Genossen,  
Liebe Freundinnen und Freunde!*

## Landtagswahl in Baden-Württemberg

Die Landtagswahl ist entschieden, und die SPD Baden-Württemberg hat ein sehr, sehr enttäuschendes Ergebnis erzielt. Dass nur noch 12,7 % der Wähler den Kandidaten unserer Partei ihre Stimme geben, ist eine bittere Enttäuschung. In keinem einzigen Wahlkreis konnte die SPD die Mehrheit der Stimmen erreichen.

Die SPD erhielt absolut rund 680.000 Stimmen, etwa 470.000 weniger als 2011. Die Wählerwanderung zu den Grünen (157.000) und zur AfD (90.000 Wähler) ist enorm. Besonders erschreckend für mich jedoch: Die SPD hat mehr als 60.000 ihrer bisherigen Wähler verloren, weil sie einfach gar nicht wählen gegangen sind. Diese Wähler sind offensichtlich zutiefst verunsichert oder sogar enttäuscht. Nicht nur hier gilt es, unsere politische Haltung deutlicher und verständlicher zu machen. Und den Menschen vor allem zu erklären, was diese Haltung für ihr eigenes Leben bedeutet.

In den Kreisen Böblingen, Calw und Freudenstadt, die ich als Bundestagsabgeordnete vertrete und betreue, hat keiner der vier KandidatInnen den Einzug in den Landtag geschafft. Das ist bitter und traurig, denn Angelika Klingel, Daniel Steinrode, Uta Schumacher und Florian Wahl sind allesamt überzeugte SozialdemokratInnen, die dem Landtag genauso gut getan hätten wie unserer Region und ihren Menschen. Von Herzen danke ich den Vieren für Ihren Wahlkampf und die Kraft und Zeit, die sie für die SPD aufgebracht haben!

Baden-Württemberg hatte nach 58 Jahren CDU-geführter Regierungen jetzt fünf Jahre lang mit Grün-Rot eine wichtige Phase der Modernisierung für unser Land. Es gab definitiv keine Wechselstimmung. Die Grünen haben als stärkste Fraktion nun den Auftrag zur Regierungsbildung. Grün-Rot alleine verfügt über keine Mehrheit mehr, doch durch die Zusammenarbeit mit der FDP könnte ein solches Bündnis auf eine Mehrheit von 78 Sitzen erweitert werden. Alternativ könnten die Grünen eine Koalition mit der CDU eingehen (89 Sitze). Eine Zusammenarbeit mit der AfD kommt für uns oder die Grünen und für alle anderen Parteien nicht in Frage.

Für die SPD ist es jetzt ganz wichtig, den Blick nach vorne zu richten – nach einer ausführlichen und ehrlichen Analyse. Der Landesvorstand will die Mitglieder in den nun notwendigen Erneuerungsprozess miteinbeziehen, was ich für unabdingbar halte. Ich bin zutiefst überzeugt, dass die Werte der SPD – Frieden, Gerechtigkeit und Solidarität – heute mehr gebraucht werden denn je.

## Bundesverkehrswegeplan 2030 veröffentlicht

Gleich mehrere Projekte in unserer Region haben es in den Bundesverkehrswegeplan (BVWP) 2030 geschafft, der am Mittwoch von der Bundesregierung vorgestellt wurde. Der Erhalt der bestehenden Brücken und Wege hat in den nächsten Jahren Vorrang vor Neubauprojekten.

Ich freue mich sehr, dass die Planung für die Tunnellösung zur Entlastung der Calwer Kernstadt (B296) bald umgesetzt werden kann. Das Projekt hat es in die höchste Kategorie „Vordringlicher Bedarf“ im Bundesverkehrswegeplan geschafft. Die innerstädtische Tunnellösung bietet der Calwer Altstadt völlig neue Gestaltungsmöglichkeiten und ist von zentraler Bedeutung für die Attraktivität der gesamten Region.

Im Landkreis Freudenstadt kommen gleich mehrere Projekte näher an die Realisierung: die Umsetzung der Horber Hochbrücke (B32) findet sich ebenfalls in der höchsten Kategorie „Vordringlicher Bedarf“, womit eine Realisierung immer wahrscheinlicher wird. Der Tunnel in Richtung Baiersbronn (B462) ist in der Kategorie „Weiterer Bedarf mit Planungsrecht“ aufgenommen, während sich der Tunnel in Richtung Kniebis (B28) in der Kategorie „Weiterer Bedarf“ findet. Auch die Ortsumfahrung Loßburg wird in der Kategorie „Weiterer Bedarf“ geführt.

Für Projekte in der Kategorie „Weiterer Bedarf (mit Planungsrecht)“ bestehen auch weiterhin die Möglichkeiten zur weiteren Planung und späteren Realisierung. Deshalb ist es besonders wichtig, das Planungsrecht zu sichern.

Nun stehen für alle Projekte im BVWP die Beteiligungsverfahren an, in welchen alle Argumente eingebracht werden können, die zu möglichen Veränderungen führen können.

Mein Wahlkreiskollege von der Union, PSts. Hans-Joachim Fuchtel, MdB, und ich haben zum BVWP gemeinsame Presseerklärungen herausgegeben, die Ihr auf meiner Internetseite findet: <http://bit.ly/22mQA4e>

## Das OER-Festival - #OERde16

Gute digitale Lehr- und Lernmaterialien sind ein zentraler Baustein von Digitaler Bildung. Open Educational Resources (OER) sind dabei so lizenziert, dass jeder frei über sie verfügen, sie austauschen, verändern oder auch „remixen“ kann – ein Konzept ganz im Sinne der Lernmittelfreiheit. Auf dem OER-Festival Anfang des Monats in Berlin konnten Interessierte in zahlreichen Workshops und Panels einen Eindruck von der Breite und Vielfalt von OER in Deutschland gewinnen. Auch ich habe mich bei der Veranstaltung aktiv eingebracht, um über die Zukunft und wichtige Weichenstellungen für freie Bildungsmaterialien in Deutschland zu diskutieren.

Die besten OER-Projekte und -Förderer wurden dann im Rahmen einer Abendveranstaltung beim OER-Award ausgezeichnet. Als Laudatorin habe ich gemeinsam mit Dr. Sandra Schön (BIMS e.V.) die Bundeszentrale für politische Bildung (BpB) als konsequenteste OER-Förderin und -Wegbereiterin geehrt. Die BpB setzt schon seit Jahren bei ihren Multimedia-Angeboten auf CC-Lizenzen. Es hat mich natürlich sehr gefreut, dass auch ich mit einem Preis in der Kategorie Politik für mein Engagement für OER geehrt wurde.



Foto: pixelode/ Sebastian Göbel

Gemeinsam mit den anderen Preisträgern und OER-Engagierten werde ich mich auch weiterhin dafür einsetzen, offene Bildungsmaterialien in Deutschland weiter voranzubringen.

Hier gibt es einen Überblick über die OER-Award-Preisträger: <http://open-educational-resources.de/16/award/>



OER-Award-Preisträger 2016 in der Kategorie „Die konsequentesten OER-Förderer und -Wegbereiter“: Tim Schmalfeldt von der BpB mit Dr. Sandra Schön und mir.

### Zu Besuch in Bern: Im Zeichen der Digitalen Bildung

Auf Einladung der Schweizerischen Stiftung für audiovisuelle Bildungsangebote (SSAB) habe ich auf deren März-Tagung in Bern einen Blick auf den digitalen Wandel im deutschen Bildungssystem geworfen. Vor rund 120 Vertretern aus allen Ebenen des schweizerischen Bildungssystems arbeitete ich dabei drei zentrale Herausforderungen heraus: Für einen verstärkten Einsatz digitaler Medien und Angebote im Unterricht braucht es natürlich eine leistungsfähige, technische Infrastruktur. Aber nur wenn diese auch professionell aufgesetzt, betrieben und gewartet wird, bringt sie auch einen wirklichen Mehrwert an den Schulen. Für Lehrkräfte müssen in Deutschland, aber auch in der Schweiz noch mehr maßgeschneiderte Fortbildungsangebote zur Stärkung ihrer mediendidaktischen Kompetenzen entstehen; schließlich hängt es von den Lehrkräften ab, wie viel Digitale Bildung hinter die verschlossene Klassenzimmertür getragen wird. Letztlich ist die Umsetzung von Digitaler Bildung an den einzelnen Schulen aber ein Prozess der Schulentwicklung, bei dem den Schulgemeinden Raum und Zeit für die Entwicklung eigener Konzepte zugestanden wird – hier muss Politik noch stärker unterstützen.

Nach Rückmeldung der TeilnehmerInnen ist die Situation in Deutschland und der Schweiz ganz ähnlich: In der Schweiz ist Bildung Sache der Kantone, wie in Deutschland hat die Bundesebene hier kaum Kompetenzen. Auch in der Schweiz wird derzeit mit dem *Lehrplan 21* darum gerungen, den Erwerb von Medien- und informatischen Kompetenzen fächerübergreifend im Unterricht zu verankern. Beat W. Zemp, der Zentralpräsident des schweizerischen Lehrerinnen und Lehrer Dachverbandes, brachte die Diskussion auf den Punkt: „Wer es verpasst, Digitale Bildung in sein Bildungssystem zu integrieren, wird künftig die T-Shirts der Chinesen nähen.“

Die Dokumentation der Tagung und Kurzinterviews mit den Referenten finden sich in Kürze hier: [http://www.ssab-online.ch/mrz\\_tag/mrz\\_de\\_2016.html](http://www.ssab-online.ch/mrz_tag/mrz_de_2016.html)

### Flüchtlingskrise: EU-Türkei-Gipfel

In dieser Woche müssen die europäischen Staats- und Regierungschefs das Fundament für einen tragfähigen Kompromiss in der Flüchtlingskrise legen. In der Nacht von gestern auf heute einigten sie sich auf eine gemeinsame Position, über die heute mit der Türkei verhandelt werden soll. Wie die Einigung konkret aussieht, wird sich in den nächsten Tagen zeigen.

Klar ist: Nationale Alleingänge sind kein Ausweg. Das Prinzip „Jeder ist sich selbst der Nächste“ spaltet die Europäische Union, die notwendiger denn je an einem Strang ziehen muss.

Um die Flüchtlingsbewegung nach Europa besser zu kontrollieren und das menschenverachtende Geschäft der Schlepper in der Ägäis zu unterbinden, sind wir auf die Zusammenarbeit mit der Türkei angewiesen. Dabei gilt es anzuerkennen, dass in der Türkei bereits heute Millionen Flüchtlinge aus Syrien und dem Irak eine sichere Zuflucht finden. Wenn die Türkei nun bereit ist, bestehende Rückführungsabkommen in vollem Umfang anzuwenden und Flüchtlinge wieder aufnimmt, die über die Türkei nach Griechenland eingereist sind, dann muss sich die EU im Gegenzug zur Aufnahme von Kontingenten syrischer Flüchtlinge verpflichten. Die SPD setzt sich bereits seit Monaten für solche Kontingente ein. Denn wir wollen, dass Europa seine humanitäre Verantwortung erfüllt und Menschen nicht länger ihr Leben auf gefährlichen Fluchtrouten riskieren und hilflos Schleppern ausgeliefert sind.

### Equal Pay Day 2016

Frauen erhalten im Durchschnitt immer noch 21 % weniger Lohn oder Gehalt als Männer.

Deshalb wird morgen, am 19. März 2016, zum 8. Mal in Folge der Equal Pay Day in Deutschland begangen.

Heute, am Freitag, fand am Brandenburger Tor dazu eine große Kundgebung statt, veranstaltet vom Deutschen Gewerkschaftsbund, dem Deutschen Frauenrat und dem Sozialverband Deutschland, an dem ich wie viele meiner Kolleginnen und Kollegen aus der SPD-Bundestagsfraktion teilgenommen habe. Leider müssen wir auf die Lohnlücke zwischen Männern



mit SPD-Generalsekretärin Katarina Barley

und Frauen auch dieses Jahr wieder hinweisen. Wir wollen diesen Tag in naher Zukunft nicht mehr begehen ... oder an Silvester! Das Schließen der Lohnlücke ist eine Frage der Gerechtigkeit. Und wir Frauen haben ein Recht auf mehr!

Mein Statement dazu findet Ihr hier: <http://tinyurl.com/jxbx2hs>

Eure

Abgeordnetenbüro Berlin  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: 030-227-75205

Wahlkreisbüro  
Turmstraße 18  
72202 Nagold  
Tel.: 07452-929999-1

E-Mail: [saskia.esken@bundestag.de](mailto:saskia.esken@bundestag.de)  
[www.saskiaesken.de](http://www.saskiaesken.de)  
[facebook.de/eskensaskia](https://facebook.de/eskensaskia)  
[twitter.com/eskensaskia](https://twitter.com/eskensaskia)